A2 Endlich eine angemessene Corona-Strategie in Sachsen-Anhalt

Gremium:	Ortsgruppenvorstand Halle, Joshua Grünberg
Beschlussdatum:	10.11.2021
Tagesordnungspunkt:	3. Anträge

Antragstext

Aufgrund stark steigender Covid19-Neuinfektionszahlen fordern wir die endlich ein angemessene Corona-Strategie in Sachsen-Anhalt. Dies beinhaltet folgende Punkte: einheitliche 2G-Regelung im ganzen Land, eine Impflicht im Gesundheitssektor und die Wiedereinführung kostenloser Schnelltests.

Sachsen-Anhalt hat die bundesweit viert-niedrigste Impfquote und gleichzeitig eine stark ansteigende Inzidenz. Deswegen brauchen wir endlich ein radikales Umschwenken in der Impfpolitik.

Dies erfordert einerseitz Impflichten in Arbeitssektoren mit vulnerablen Gruppen, insbesondere im Gesundheitssektor. Zusütztlich müssen mehr Anreize fürs Impfen durch die Verschärfung der 3G-Regelung hinzu einer landesweiten 2G-Regelung geschaffen werden. Dass solche Schritte die Impfquote erhöhen können haben beispielsweise Länder wie Italien und Frankreich gezeigt.
Auf der anderen Seite brauchen wir eine viel aktivere und umfassende Informationspolitik. Mobile Infoteams sollen vor allem in ländliche Regionen, wo die generelle medizinische Versorgung noch immer deutlich schlechter ausgebaut ist. Auch in Stadtteile mit höherem Migrationsanteil muss aktiv auf die Bürger und Bürgerinnen zu gegangen werden, da nicht-deutschsprachige Informationsangebote rund um die Impfung nach wie vor eher wenig ausgebaut sind. Impfskepsis ist in groflen Teil durch mangeldes Fachwissen oder Fake-News zu begründen. Hier würde eine aktivere Informationspolitik deutlich entgegenwirken.

In Anbetracht von zunehmenden Impfdurchbrüchen und neuen Mutanten fordern wir ebenfalls die Rückkehr kostenloser Schnelltests. Dies hat sich als Instrument bewährt gemacht und erzeugt zumindest teilweise eine sozial gerechtere Corona-Politik! Denn auch Menschen aus einkommensschwächeren Haushalten, müssen und wollen sich noch regelmäßig testen, ganz unabhänig davon, ob sie bereits geiimpft sind.
Angesichts der 4.Welle muss die Landesregierung endlich reagieren!